

IG Metall rüstet gegen Rente mit 67

Die Erwerbsquote Älterer steigt. Doch bei näherem Hinsehen zeigt sich: Ihre berufliche Lage hat sich gleichwohl verschlechtert.

Peter Thelen Berlin Neue Daten des Statistischen Bundesamtes liefern der Bundesregierung scheinbar gute Argumente für die geplante Erhöhung des Rentenalters von 65 auf 67 Jahre. Demnach stieg seit 1999 die Zahl der 55- bis 64-Jährigen, die noch einer Arbeit nachgehen, von knapp 2,8 auf 3,6 Millionen. Die Beschäftigungsquote der Älteren liegt inzwischen bei 45,3 Prozent und hat sich damit günstiger entwickelt als in anderen Altersgruppen.

Doch die IG Metall gießt Wasser in den Wein: "Hinter diesen optimistisch stimmenden Zahlen verbirgt sich eine ernüchternde Wirklichkeit", sagte der für Sozialpolitik zuständige Vorstand Hans Jürgen Urban dem Handelsblatt. "In Wahrheit hat sich die Lage älterer Arbeitnehmer verschlechtert." Als Beleg verweist Urban auf Daten des Arbeitsministeriums, dokumentiert in der Antwort auf eine Anfrage der Linken im Bundestag. Danach hat von den 21 Prozent der 64-Jährigen, die noch arbeiten, nur die Hälfte einen sozialversicherungspflichtigen Job. Davon wiederum arbeitet jeder Zweite als Minijobber, in Teilzeit, befristet oder in Leiharbeit. Hinzu komme, dass nach Daten des Statistischen Bundesamtes ein Fünftel der 55- bis 65-Jährigen im Niedriglohnsektor arbeitet, während dies bei den 35- bis 45-Jährigen nur für etwas mehr als jeden Zehnten zutrifft.

Für die IG Metall ist dies ein Indiz dafür, dass etliche der in der Erwerbsstatistik auftauchenden älteren Arbeitnehmer arbeitslos sind oder schon Rente beziehen und sich mit Minijobs oder Teilzeitarbeit lediglich etwas dazuverdienen. Die sich darin dokumentierende Verschlechterung der sozialen Lage Älterer lasse der Bundesregierung keine Wahl: "Sie muss den Start der Rente mit 67 verschieben, wenn sie nicht Rechtsbruch begehen will," sagte Urban. CSU-Chef Horst Seehofer habe daher Recht, wenn er die Unternehmen auffordere, mehr ältere Arbeitnehmer zu beschäftigen. "Ich glaube nur nicht, dass der Appell fruchten wird."

Urban verweist auf die Prüfklausel, die die Große Koalition nicht zuletzt auf Drängen der Gewerkschaften ins Rentenrecht geschrieben hatte. Bevor die Rente mit 67 ab 2012 schrittweise eingeführt werden kann, muss die Bundesregierung noch in diesem Jahr erstmals prüfen, "ob die Anhebung der Regelaltersgrenze unter Berücksichtigung der Entwicklung der Arbeitsmarktlage sowie der wirtschaftlichen und sozialen Lage älterer Arbeitnehmer weiterhin vertretbar erscheint". Wie hoch die Erwerbsquote Älterer sein muss, steht allerdings nicht im Gesetz. Die SPD fordert eine Quote von 50 Prozent.

Von der Leyen hält an Starttermin fest. Arbeitsministerin Ursula von der Leyen

(CDU) ist aber entschlossen, mit ihrem für Mitte November angekündigten Prüfbericht den Starttermin 2012 zu bestätigen. Zu Unrecht, findet nicht nur die IG Metall. Auch SPD und Linke wollen die Rente mit 67 über die Prüfklausel stoppen. Die IG Metall will Mitte der Woche bei einer öffentlichen Anhörung noch auf einen weiteren Umstand aufmerksam machen. Danach tun die Unternehmen trotz anders lautender Beteuerungen bislang kaum etwas dafür, Ältere im Job zu halten. So belegt eine Auswertung des DGB, dass selbst im Kernsektor der Industrie, der Metall- und Elektrobranche, der Anteil der Betriebe mit Fördermaßnahmen für Ältere seit 2002 von 24 auf 20 Prozent gesunken ist.

Urban fürchtet, dass sich daran so schnell auch nichts ändert: "Im Gegenteil. Wir haben aus den Betrieben Anhaltspunkte dafür, dass die Branche nach der Krise vor einer gigantischen Restrukturierung steht - mit Leistungsverdichtung, höheren Geschwindigkeiten der Produktionsbänder und kürzeren Taktzeiten." Zumindest in exportorientierten Branchen zeichneten sich damit härtere Arbeitsbedingungen ab, die wenig Raum ließen für die Beschäftigung nicht mehr ganz so leistungsstarker älterer Arbeitnehmer.

Beschäftigungsquoten

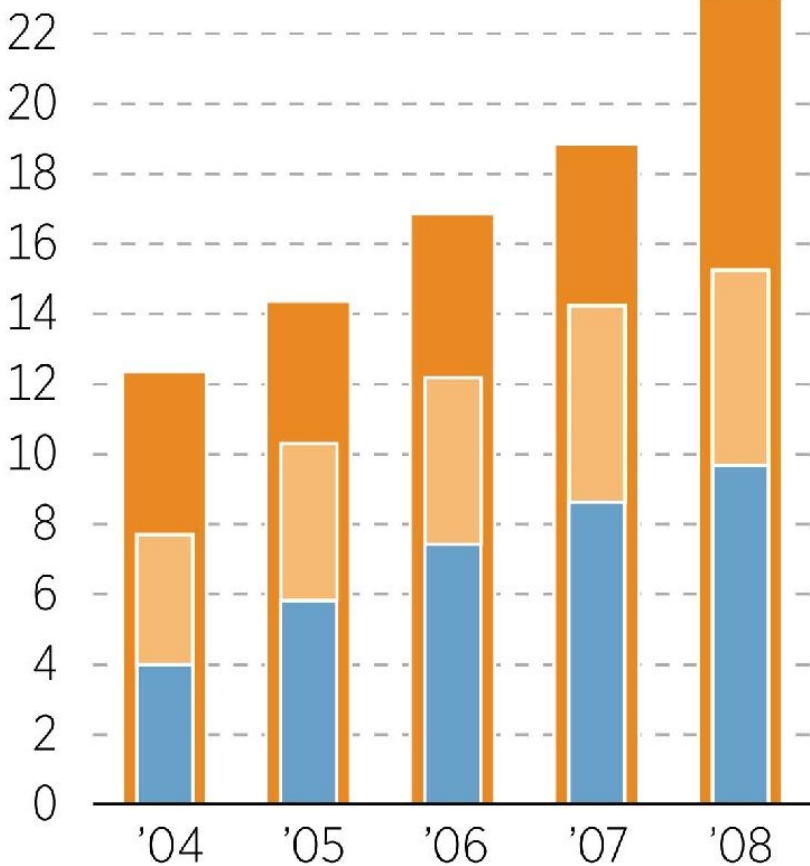
Anteil Beschäftigter im Alter von 64 Jahren an der gleichaltrigen Bevölkerung in Prozent

Gesamt Erwerbstätige

Abhängig Beschäftigte, davon

sozialvers.-pflichtig Beschäftigte

atypisch Beschäftigte*



*Befristet Beschäftigte, Teilzeitbeschäftigte bis 20 Wochen-Std., Mini-Jobber, Leiharbeiter (ab 2006).

Quelle: Antwort der Regierung auf Handelsblatt eine Große Anfrage der Linkspartei

Handelsblatt Nr. 207 vom 26.10.2010

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

